

Thema der Woche

Ambitionierte Handelsagenda bleibt Priorität der EU - Handelsfenster weltweit öffnen, keine Mauern bauen

In Kürze

Wahlen zum Europäischen Parlament: Rat bestätigt 23. bis 26. Mai 2019

Rat nimmt Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen an

Vorläufige Trilogieeinigung zu European Defence Industrial Development Program erzielt

Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren gestartet

Neues aus der Kommission

Kommission empfiehlt Österreich nachhaltigere Pensions- und Gesundheitssysteme

Großes Finanzpaket lässt viele Fragen offen

Neues aus dem Europäischen Parlament

Meinungsaustausch zur Europäischen Arbeitsbehörde: WKÖ spricht sich für stark verkleinerte Struktur aus

Abstimmung im Verkehrsausschuss: Vortellungen der EU-Parlamentarier zur Eurovignette nicht im Sinne der Wirtschaft

Neues aus anderen Bereichen

Digitaler Leistungsfähigkeitsindex 2018: Österreich trotz Fortschritten auf Rang 11 mit Luft nach oben

Inside Brussels

EU-Wirtschaftsclub mit Markus Winkler: Auf dem Weg zu den Europawahlen

Statistik der Woche

Überschuss im Warenverkehr etwas geringer

Veranstaltungen

COSME Info Day 2018 am 11. Juni in Brüssel

EU-Agenda

EU-Kommission: 2256. Sitzung am 29. Mai 2018

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Ambitionierte Handelsagenda bleibt Priorität der EU - Handelsfenster weltweit öffnen, keine Mauern bauen

Diese Woche brachte einige Fortschritte für die Handelsagenda der EU: Am 22. Mai wurde im Rahmen des Handelsministerrates die Zustimmung für die Aufnahme von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland erteilt. Im Herbst 2017 hatte die Kommission ein großes Paket für eine ausgewogene und fortschrittliche Handelsagenda vorgelegt, welches auch Empfehlungen an den Rat zur Aufnahme von Verhandlungen mit Australien und Neuseeland enthielt. Weitere Freihandelspartnerschaften sollen geknüpft beziehungsweise intensiviert werden. Die Handelsabkommen mit beiden Ländern werden in erster Linie darauf abzielen, die bestehenden Handelshemmnisse weiter zu verringern, Zölle auf Waren zu beseitigen und den Zugang zu Dienstleistungen zu verbessern. Zudem soll besonderes Augenmerk auf den Schutz sensibler EU-Sektoren, wie die Landwirtschaft, sowie auf Sozial- und Umweltstandards gelegt werden.

„Vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen ist der **Zugang zu internationalen Märkten überaus wichtig**“, erklärte WKÖ-Präsident Harald Mahrer. Ziel ist, dass noch mehr heimische Betriebe in Überseemärkten Fuß fassen, da es dort höhere Wachstumsraten, bessere Absatzmöglichkeiten gibt. „Ein florierender Außenhandel ist lebenswichtig für Österreichs Wohlstand.“

Zudem hat der Rat am 22. Mai Schlussfolgerungen über die Aushandlung und den Abschluss von EU-Handelsabkommen verabschiedet. Damit wird dem Urteil des EuGH vom 16. Mai 2017 Rechnung getragen: Dieser urteilte, dass das Handelsabkommen mit Singapur nur von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten gemeinsam abgeschlossen werden kann und daher nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der EU falle. Diskutiert wurden auch die weitere Vorgehensweise beim Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Japan sowie beim Handelsabkommen und beim Investitionsabkommen der EU mit Singapur.

Weitere Diskussionspunkte waren die Zukunft der Welthandelsorganisation (WTO) und die derzeit **schwierige Beziehung der EU zu den USA**. Ende April hatte US-Präsident Trump entschieden, die **Ausnahmeregelung für die EU zur Befreiung von Strafzöllen** von zehn Prozent auf Aluminium und 25 Prozent auf Stahl um ein Monat, und zwar bis 1. Juni 2018, zu verlängern. Die EU hat in den letzten Monaten **mehrere Optionen geprüft, mit denen sie sich gegen diese Maßnahmen wehren könnte**. Vergangene Woche hat die Kommission dazu eine Durchführungsverordnung angenommen. Diese Liste mit potenziell betroffenen Waren wurde auch der WTO gemeldet. Brisant ist die transatlantische Beziehung auch, weil die EU - trotz Aufkündigung des Iran-Abkommens durch die USA am 8. Mai - **an der Atomvereinbarung mit dem Iran festhalten will** und auch hier bereits konkrete Maßnahmen zum Schutz der europäischen Unternehmen gestartet hat.

Die WKÖ befürchtet durch den US-Schritt jedenfalls massive negative Auswirkungen auf das Iran-Geschäft österreichischer Unternehmen. WKÖ-Präsident Harald Mahrer: „Gerade ein **kleines, exportorientiertes Land wie Österreich**, das sechs von zehn Euro heimischer Wertschöpfung auf Auslandsmärkten erwirtschaftet, **profitiert von offenen Märkten und einem gut funktionierenden internationalen Handel**. Daher müssen wir danach trachten, neue Handelspartner zu gewinnen, wenn es vor allem von Seiten der USA Bestrebungen gibt, neue Handelshemmnisse wie Strafzölle oder verschärfte Handelssanktionen einzuführen. Wir wollen die **Handelsfenster weltweit öffnen, nicht Mauern bauen.**“

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Wahlen zum Europäischen Parlament: Rat bestätigt 23. bis 26. Mai 2019

Der Rat der Europäischen Union hat diese Woche als **Zeitpunkt für die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament den 23. bis 26. Mai 2019** angenommen. Die Termine wurden einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt. Gemäß Wahlgesetz von 1976 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament in der ersten vollen Juniwoche in der Zeit von Donnerstag bis Sonntag statt. Sollte es jedoch in dieser Woche nicht möglich sein, Wahlen abzuhalten, kann der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig über andere Termine entscheiden, sofern diese nicht länger als zwei Monate vor oder einen Monat nach Ablauf der vorgesehenen Frist liegen.

Rat nimmt Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen an

Im Rahmen der Tagung der für Bildungspolitik zuständigen Minister nahm der Rat am Dienstag den **Vorschlag der Kommission** für eine überarbeitete **Ratsempfehlung zu Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen** an. Durch diese wird die **ursprüngliche Ratsempfehlung** aus dem Jahr 2006 aktualisiert. Ihre **Inhalte werden an aktuelle globale Veränderungen und Dynamiken**, wie beispielsweise die Digitalisierung oder die sich ständig ändernden Anforderungen der Arbeitsmärkte, **angepasst**. Darüber hinaus hielten die Minister eine **Diskussion** über das **Potential von Universitäten zur Förderung von regionalem Wachstum und unternehmerischen Kompetenzen** ab.

Vorläufige Trilogieeinigung zu European Defence Industrial Development Program erzielt

In den Verhandlungen zwischen Rat und Parlament über den Vorschlag zur Einrichtung eines European Defence Industrial Development Program für die Jahre 2019-2020 haben die Institutionen am Dienstagabend eine vorläufige, politische Einigung erzielt. Das neue Programm **zielt auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der Verteidigungsindustrie**, einschließlich der Cyberabwehr der Union, **ab**. Es soll mit **500 Millionen Euro an EU-Mitteln für zwei Jahre** dotiert werden. Auf Seiten des Rates könnte die Einigung bereits nächsten Dienstag im Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden. Im Parlament soll der zuständige Ausschuss über den Kompromiss am 18. Juni abstimmen.

Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren gestartet

Die Kommission hat am 23. Mai eine öffentliche Konsultation zu **Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse** gestartet. Ziel ist es, Stellungnahmen von Interessensgruppen zur derzeitigen Besteuerung von Tabakwaren in der EU und zur steuerlichen Behandlung neuartiger Tabakerzeugnisse (wie beispielsweise E-Zigaretten und erhitzter Tabak) einzuholen sowie geeignete Optionen für eine mögliche Überarbeitung der Richtlinie über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren zu prüfen. Die Konsultation läuft bis 3. September, die WKÖ wird sich voraussichtlich beteiligen.

Inhaltsverzeichnis

Kommission empfiehlt Österreich nachhaltigere Pensions- und Gesundheitssysteme

Die Europäische Kommission hat ihre länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters veröffentlicht. Das Europäische Semester legt fest, dass die EU-Staaten ihre haushalts- und wirtschaftspolitische Planung jährlich zu fixen Zeitpunkten mit der EU-Kommission erörtern. **Generell stellt die EK heuer der wirtschaftlichen Entwicklung in den EU Mitgliedstaaten ein sehr positives Zeugnis aus:** Die Wirtschaft wächst derzeit so schnell wie seit zehn Jahren nicht mehr, es herrscht Rekordbeschäftigung, die Investitionstätigkeit nimmt wieder zu und die öffentlichen Finanzen erholen sich.

Die Kommission hat **wie im Vorjahr nur mehr zwei Empfehlungen** zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an Österreich gerichtet: Sie betreffen einerseits eine Finanzpolitik die dazu beitragen soll, das mittelfristige Haushaltsziel zu erreichen. Weiters wird eine Unterstützung des Produktivitätswachstums durch Förderung der Digitalisierung von Unternehmen empfohlen. Die WKÖ unterstützt die Kritik der Kommission in folgenden Bereichen: Auch heuer wieder kritisiert die EU-Kommission die **mangelnde Nachhaltigkeit der österreichischen Pensions- und Gesundheitssysteme**. Trotz der Steuerreform 2016 sei die **steuerliche Belastung des Faktors Arbeit im EU-Vergleich nach wie vor zu hoch**.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

Großes Finanzpaket lässt viele Fragen offen

Die Kommission hat am 24. Mai einige Vorschläge im Finanzbereich vorgelegt. Unter anderem wurde ein Legislativvorschlag für **Rahmenbedingungen für die Entwicklung von staatsanleihenbasierten Schuldverschreibungen (Sovereign Bond-Backed Securities, SBBS)** der EU veröffentlicht. Er soll regulatorische Hindernisse in diesem Bereich beseitigen. Zudem hat die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie publiziert. Dieser war bereits im März 2017 im Aktionsplan Finanzdienstleistungen für Verbraucher angekündigt worden. Härtere Versicherungsvorschriften sollen in Zukunft Opfern von Kraftfahrzeugunfällen erhöhten Schutz bieten. Auch sollen die **Mitgliedstaaten mehr Befugnisse beim Kampf gegen das Fahren ohne Versicherungsschutz erhalten**.

Im Rahmen eines größeren Kapitalmarktunionspakets hat die Kommission einen bereits im Juni 2017 in der Halbzeitbilanz des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion angekündigten Legislativakt vorgeschlagen, der ein **verhältnismäßigeres regulatorisches Umfeld für Börsengänge von KMU** schaffen soll. Dieser Verordnungsvorschlag, der eine Änderung der Marktmissbrauchsverordnung sowie der Prospektverordnung darstellt, soll den **Zugang von KMU zu Marktfinanzierungen erleichtern**. Zusätzlich wurde in diesem Zusammenhang auch eine delegierte Verordnung zur Änderung delegierter Rechtsakte, die im Rahmen der Finanzmarkttrichtlinie erlassen wurden, vorgeschlagen.

Zu guter Letzt hat die Kommission auch **mehrere Legislativvorschläge im Bereich der nachhaltigen Finanzierung** veröffentlicht. Diese folgen dem am 8. März veröffentlichten Aktionsplan zur nachhaltigen Finanzierung, welcher auf dem Ende Jänner veröffentlichten finalen Bericht der hochrangigen Expertengruppe basiert. Der Finanzsektor ist sehr wichtig für das Erreichen der Pariser Klimaziele und für die Mobilisierung von privatem Kapital für umweltfreundliche und nachhaltige Investitionen in eine CO₂-arme Wirtschaft. Um dies zu

bewerkstelligen, soll der **existierende Finanzrahmen besser an die Pläne für nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wachstum angepasst** werden. Zu den Vorschlägen gehören unter anderem ein **einheitliches Klassifizierungssystem** für nachhaltige Vermögenswerte (Taxonomie), welches harmonisierte Kriterien festlegen will, um wirtschaftliche Tätigkeiten als ökologisch nachhaltig zu bewerten. Diese sollen auch eine Basis für die künftige Schaffung von Normen und Kennzeichen für nachhaltige Finanzprodukte legen. Des Weiteren soll eine **Verordnung** klarstellen, wie institutionelle Anleger die Faktoren Umwelt, Soziales und Governance (Environmental, Social, Governance: ESG-Faktoren) bei ihren Investitionsentscheidungen miteinfließen lassen. Auch sollen **Offenlegungspflichten** für Finanzinstitute und Unternehmen **bei der Nachhaltigkeit** ihrer Entscheidungen gelten. Ein weiterer **Vorschlag** befasst sich mit **Referenzwerten für geringe CO₂-Emissionen** sowie positive CO₂-Effekte, welche den CO₂-Fußabdruck von Unternehmen darstellen sollen. Entwürfe delegierter Rechtsakte **zur Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente** (MiFID II) und **zur Versicherungsvertriebsrichtlinie** sollen für eine **verbesserte Kundenberatung beim Thema Nachhaltigkeit** sorgen.

Auch im Europäischen Parlament befasste sich der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) in den letzten Monaten mit der nachhaltigen Finanzierung. Der **Bericht** von Rapporteurin Molly Scott Cato soll nächste Woche im Plenum abgestimmt werden.

Das Ziel, die Dekarbonisierung zu unterstützen, wird durchaus positiv beurteilt. Jedoch werden die vorgeschlagenen Empfehlungen, die darauf ausgerichtet sind, den Finanzsektor in Richtung Nachhaltigkeit umzugestalten, grundsätzlich kritisch gesehen. Eine **eindeutige Taxonomie** ist die Voraussetzung für weitere Maßnahmen. Angesichts unterschiedlicher Sichtweisen und Zugänge wird es wohl schwierig, einheitliche Definitionen zu finden. Bei den neu vorgesehenen Verpflichtungen, unter anderem im Bereich der Offenlegung, müssen zusätzliche Aufwände vermieden werden, da ansonsten insbesondere kleine und mittlere Institute stärker belastet werden. Die Vorschläge werden derzeit umfassend geprüft. Fraglich ist, wie viel Fortschritt bei all den Vorschlägen in den kommenden Monaten erzielt werden kann.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Europäischen Parlament

Meinungsaustausch zur Europäischen Arbeitsbehörde: WKÖ spricht sich für stark verkleinerte Struktur aus

In der Sitzung des **Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten** des Europäischen Parlaments fand am Donnerstag ein Meinungsaustausch mit Kommissarin Marianne Thyssen zum Thema **Europäische Arbeitsbehörde** statt. Die Kommissarin erläuterte, dass der Vorschlag vom 13. März zur Errichtung einer solchen Behörde nicht als isolierte Initiative, sondern im Rahmen eines breiteren politischen Kontextes gesehen werden muss.

Laut Kommissarin Thyssen sei es notwendig, dass nationale Behörden über alle erforderlichen Mittel verfügen, um die überarbeiteten EU-Vorschriften in grenzüberschreitenden Situationen durchzusetzen. Die Europäische Arbeitsbehörde solle somit eine Lücke bei der Durchsetzung der Vorschriften für Arbeitskräftemobilität und soziale Sicherheit schließen. Die Behörde werde dabei nicht die Aufgaben der nationalen Behörden übernehmen,

sondern diese bei der Anwendung des EU-Acquis unterstützen. Ziel sei es, dass die Europäische Arbeitsbehörde im Jahr 2019 ihre Tätigkeit aufnimmt.

Die Wirtschaftskammer Österreich steht der geplanten Einrichtung einer europäischen Struktur, deren Hauptzweck in einer Verbesserung der grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten besteht, grundsätzlich positiv gegenüber. Gemeinsame Inspektionen sowie die Mediation werden von uns jedoch abgelehnt. Zu hinterfragen ist außerdem die Ausgestaltung in Form einer Behörde, die mit 144 Arbeitnehmern und 56 Millionen Euro im Vollausbau beträchtliche Mittel in Anspruch nimmt. **Da Information, Kapazitätsaufbau und Analysen von grenzüberschreitenden Arbeitsströmen von einer wesentlich kleineren Agentur geleistet werden können, spricht sich die WKÖ für eine stark verkleinerte Struktur aus.** Im Sinne der Sparsamkeit und Effizienz sind die Mittel bei der Verringerung der Aufgaben der Behörde entsprechend zu reduzieren.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Inhaltsverzeichnis

Abstimmung im Verkehrsausschuss: Vortellungen der EU-Parlamentarier zur Eurovignette nicht im Sinne der Wirtschaft

Diese Woche fanden im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments die ersten Abstimmungen zu Berichtsentwürfen aus dem Mobilitätspaket I statt. Darin hatte die Europäische Kommission im Mai letzten Jahres ihre Vorschläge zur Überarbeitung der Lenk- und Ruhezeitenregelung, zum Entsenderegime im Verkehrssektor, zu den gemeinsamen Regeln zum Berufs- und Marktzugang als auch zur **Überarbeitung der Mautregelungen (Eurovignette)** vorgelegt. Der entsprechende, für uns wichtige Bericht zur Änderung der Mautregelungen wurde heute im Ausschuss mit 35 Stimmen, bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen, angenommen. Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich ist das Ergebnis leider wenig zufriedenstellend. Darüber hinaus nahmen die Parlamentarier im Rahmen der Sitzung auch die entsprechenden Berichte zum Eurovignetten-Begleitvorschlag zur Anpassung der Bestimmungen über die Kraftfahrzeugsteuern für LKW als auch zum Vorschlag zur Interoperabilität elektronischer Mautsysteme (EETS) an.

Konkret hat sich der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments nun also dafür ausgesprochen, **eine europaweite Harmonisierung eines distanzbasierten Mautsystems** einzuführen. Das bedeutet im Klartext, dass es keine Möglichkeit mehr geben soll, nationale zeitabhängige Vignettensysteme beizubehalten oder einzuführen. Bereits bestehende zeitbasierte Vignetten-Systeme - so wie die österreichische Autobahnvignette - müssten umgestellt werden. Eine derartige Regelung würde für viele Betriebe aber auch private PKW-Nutzer oder Pendler, die im Zuge ihrer Tätigkeit auf die Nutzung ihres Fahrzeugs angewiesen sind, Mehrkosten bedeuten und ist aus diesem Grund klar abzulehnen.

Ebenso hat sich der Verkehrsausschuss **für die von der Kommission vorgeschlagene Möglichkeit eine zusätzliche „Staugebühr“ einheben zu können, ausgesprochen.** Die Kosten der Infrastrukturnutzung werden über die gewöhnliche Maut allerdings bereits bezahlt, weshalb die Einhebung einer „Staumaut“ strikt abzulehnen ist. Fahrzeugnutzer tragen allfällige staubedingte Mehrkosten (Fahrzeugnutzung, Arbeitszeit, Vertragsstrafen bei zu später Lieferung) ohnehin bereits jetzt selbst. Den betroffenen Verkehrsteilnehmern würden daher zusätzlich zu den genannten Kosten lediglich weitere Belastungen erwachsen. Eine bittere Pille stellt auch die Möglichkeit, die Einhebung zusätzlicher Mautaufschläge, insbesondere für Bergregionen, auszubauen und gleichzeitig andere Verkehrsträger querfinanzieren, dar. Wirtschaftsräume, die von einem derartigen Mautaufschlag betroffen sind, werden dadurch überproportional belastet. Grundsätzlich begrüßt werden allerdings die Bemühungen der Parlamentarier, mehr Transparenz in Bezug auf die Berechnung der Maut zu schaffen. Hier wäre es jedoch wünschenswert, wenn diese noch weitergehen würden.

Mit der Annahme des Berichts wurde im Rahmen der gestrigen Abstimmung gleichzeitig das Mandat, Trilogverhandlungen zu starten, erteilt. Nun liegt der Ball beim Rat, zuerst im Rahmen einer allgemeinen Ausrichtung als auch dann in den folgenden Trilogverhandlungen ein - auch für die Wirtschaft und den Standort Österreich verträgliches - Ergebnis zu verhandeln.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis

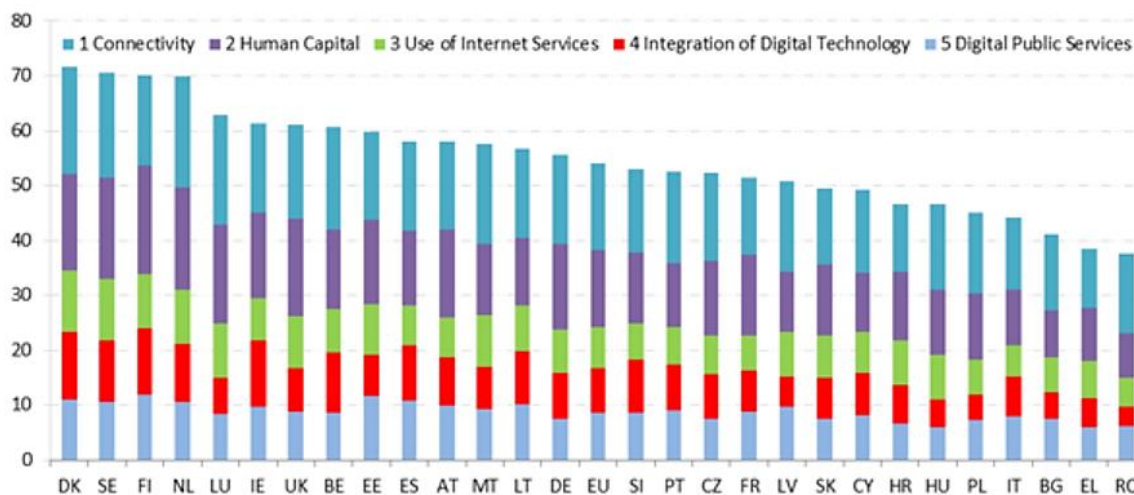
Neues aus anderen Bereichen

Digitaler Leistungsfähigkeitsindex 2018: Österreich trotz Fortschritten auf Rang 11 mit Luft nach oben

Die Europäische Kommission hat am Freitag den sogenannten „Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ (DESI) veröffentlicht. Damit misst sie in jährlichen Abständen Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten auf dem Weg zu einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft.

Der DESI soll den EU-Mitgliedstaaten dabei helfen, die Bereiche zu ermitteln, in denen vorrangig Investitionen und Maßnahmen erforderlich sind. Um Vergleiche zwischen einzelnen Mitgliedstaaten zu erleichtern, werden im Rahmen des DESI Ländervergleiche zu unterschiedlichen Themen wie Konnektivität, Kompetenzen, Nutzung des Internets oder die Inanspruchnahme digitaler Technologien durch Unternehmen durchgeführt.

Digital Economy and Society Index (DESI) 2018 ranking



Quelle: © European Union

Laut Bericht hat die EU ihre digitale Leistungsfähigkeit weiter gesteigert und das Gefälle zwischen den am stärksten und den am wenigsten digitalen Ländern weiter (von 36 auf 34 Prozentpunkte) abgebaut. In der Rangfolge des DESI 2018 schnitten Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande am besten ab und zählten auch weltweit bei der Digitalisierung zu den führenden Ländern.

Wie der Länderbericht für Österreich ausführt, liegt das Land wie im Vorjahr auf Rang 11 und zählt somit zu der Ländergruppe mit mittleren Ergebnissen. Insgesamt deckten sich Österreichs Fortschritte im Lauf des letzten Jahres mit dem EU-Durchschnitt. **Besonders gut** schneidet der heimische Standort beim **Humankapital und bei den digitalen öffentlichen Diensten** ab. Er verbesserte zudem auch seine relative Position sowohl bei der Nutzung der Internetdienste seitens der Bürger, wo er zurückliegt, als auch bei der Einbindung der digitalen Technik durch Unternehmen, wo er signifikant über dem Durchschnitt liegt.

Österreich hat in Sachen Digitalisierung großes Potential. Allerdings sind aus Sicht der Wirtschaftskammer bestimmte Maßnahmen und Rahmenbedingungen notwendig, um dieses Potential auch entsprechend ausschöpfen zu können, weshalb die WKÖ eine Reihe von konkreten Vorschlägen vorgelegt hat.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis



EU-Wirtschaftsclub mit Markus Winkler: Auf dem Weg zu den Europawahlen

„In der Endphase vor den Europawahlen sind die Atmosphäre und der Arbeitsdruck ganz anders“, erklärte der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Parlaments Markus Winkler am 23. Mai 2018 beim EU-Wirtschaftsclub in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Rund 500 Dossiers würde das Europäische Parlament noch bis zur letzten Plenarsitzung vor den Wahlen im Mai 2019 bearbeiten. Im Vorfeld getroffene Vorhersagen zum Ausgang der Europawahlen, die voraussichtlich von 23.-26. Mai 2019 stattfinden, seien „unberechenbar“.



Der bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren gestartete Spitzenkandidaten-Prozess habe in einigen Staaten eine höhere Wahlbeteiligung gebracht. „Bis September, Oktober muss sich nun entscheiden, wer es macht“, erklärte Winkler. Im Vergleich zu nationalen Wahlkämpfen sind die größten Unterschiede laut Winkler das

Der **EU-Wirtschaftsclub Brüssel** versteht sich als Wirtschaftsplattform von Österreichern für Österreicher in Brüssel. Die Treffen finden einmal monatlich jeweils donnerstags statt. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Österreichs, der wirtschaftlichen Interessenvertretungen sowie aus österreichischen Beamten und Experten der EU-Institutionen zusammen.

Infragestellen Europas selbst und dass es keine europäischen Medien gibt: „In nationalen Wahlkämpfen würde nie diskutiert werden, dass es eine Regierung gibt. Europa hingegen wird selbst in Frage gestellt.“ Eingeschränkt werde die Debatte auch durch die **Nicht-Existenz europaweiter Medien**, die europaweite Debatten ermöglichen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

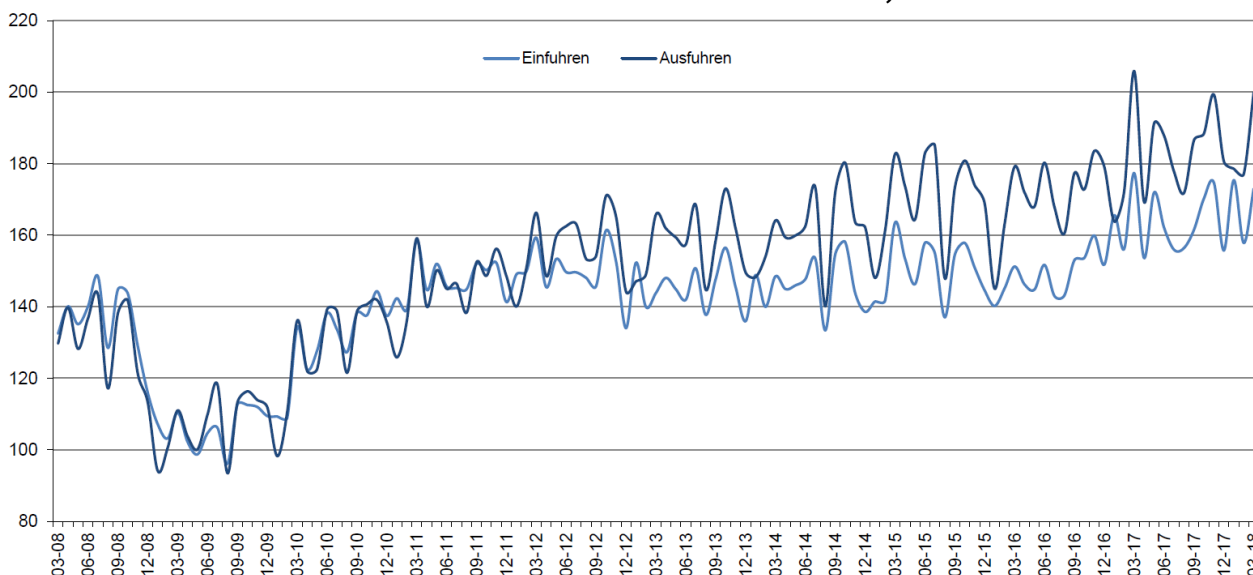
Inhaltsverzeichnis

Statistik der Woche

Überschuss im Warenverkehr etwas geringer

Nach ersten **eurostat-Daten** lagen die **Warenausfuhren des Euroraums in die restliche Welt** im März 2018 bei 199,9 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Rückgang von 2,9 Prozent gegenüber März 2017, wo sie einen Spitzenwert von 205,9 Milliarden Euro erreicht hatten. Die **Einfuhren aus der restlichen Welt** beliefen sich auf 173,0 Milliarden Euro, um 2,5 Prozent weniger als im März 2017 (177,4 Milliarden). Infolgedessen registrierte der **Euroraum** im März 2018 einen Überschuss von 26,9 Milliarden Euro im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +28,5 Milliarden im März 2017. Der **Intra-Euroraum-Handel** belief sich im März 2018 auf 170,5 Milliarden Euro, ein Rückgang von 0,6 Prozent gegenüber März 2017.

Internationaler Warenverkehr des Euroraums, Mrd. Euro



Quelle: eurostat

Die **Extra-EU28-Warenausfuhren** lagen im März 2018 bei 172,1 Milliarden Euro, ein Rückgang von 2,4 Prozent gegenüber März 2017 (176,4 Milliarden). Die **Einfuhren** aus der restlichen Welt beliefen sich auf 160,6 Milliarden Euro, ein Minus von 4,2 Prozent gegenüber März 2017 (167,7 Milliarden). Infolgedessen registrierte die **EU28** im

März 2018 einen **Überschuss** von 11,5 Milliarden Euro im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +8,7 Milliarden im März 2017. Der **Intra-EU28-Handel** belief sich im März 2018 auf 305,2 Milliarden Euro, ein Rückgang von 1,7 Prozent gegenüber März 2017.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen

COSME Info Day 2018 am 11. Juni in Brüssel

Die Exekutivagentur der Europäischen Kommission für kleine und mittlere Unternehmen (**EASME**) lädt zum „**COSME Info Day 2018 - Möglichkeiten zur Teilnahme an Ausschreibungen**“ ein. Die eintägige Veranstaltung bietet einen Überblick über das **COSME**-Programm – das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – und insbesondere die damit verbundenen Anforderungen zur Einreichung von Vorschlägen.



Der **COSME Info Day** konzentriert sich auf die Teilnahme an **COSME-Calls for Proposal** und bietet **Tipps und Tricks** zur Vorbereitung einer starken Bewerbung, IT-Tools und Unterstützung während der gesamten Projektdurchführung. Die Teilnehmer werden vom Meinungsaustausch von COSME-Begünstigten, externen Experten und EU-Vertretern profitieren. Die Teilnahme am Info Day ist kostenlos, die Anmeldung **online** möglich. Die Veranstaltung wird auch über Web-Streaming zugänglich sein. Veranstaltungsort: Covent Garden Auditorium, 25. Etage, Platz Charles Rogier 16, 1210 Saint-Josse-ten-Noode, Brüssel, Belgien.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Die voraussichtlichen Themen der 2.256. Sitzung am 29. Mai 2018 in Straßburg:

Mehrjähriger Finanzrahmen: Legislative sektorale Vorschläge für Ausgabenprogramme

- 29.05: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Kohäsionsfonds und Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen
- 30.05: Investitionen in Menschen, soziale Kohäsion und Werteprogramme (einschließlich Europäischer Sozialfonds+, Europäischer Fonds für die Anpassung an

die Globalisierung, Erasmus+, Justice, Rights and Values, Creative Europe), Betrugsbekämpfungsprogramm

- 31.05: Programme der Wirtschafts- und Währungsunion (einschließlich Reformunterstützungsprogramm, Europäische Investitionsstabilisierungsfunktion und Pericles)
- 01.06: Gemeinsame Agrarpolitik, Europäischer Meeres- und Fischereifonds und Lebensprogramm für Umwelt- und Klimapolitik

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

28. Mai Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Beziehungen zwischen der EU und Drittländern bezüglich der Regulierung und Beaufsichtigung von Finanzdienstleistungen

Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP)

Steuerliche Behandlung privater Altersvorsorgeprodukte und insbesondere des europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukts

Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf die Mehrwertsteuersätze

Gemeinsames Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Sonderregelung für Kleinunternehmen

Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems und Einführung des endgültigen Systems der Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten

28. Mai Ausschuss für internationalen Handel

Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union

Stand der Beziehungen zwischen der EU und China

29. Mai Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Work-Life-Balance für Eltern und Betreuer

31. Mai Ausschuss für regionale Entwicklung

Aussprache mit Corina Crețu, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Kommission, über die Legislativvorschläge in Bezug auf die Kohäsionspolitik 2021-2027

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

28. Mai

Annahme des Beschlusses der Kommission über das Dritte Mobilitätspaket - Erklärung der Kommission

Kurze Darstellung der folgenden Berichte:

- Auslegung und Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung
- Nachhaltiges Finanzwesen

29. Mai

Schutz gegen gedumpte und subventionierte Einfuhren aus nicht zur EU gehörenden Ländern

Abstimmung: Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

30. Mai

Manipulation des Kilometerzählers in Kraftfahrzeugen: Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens

Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie

Inhaltsverzeichnis

Tagungen des Rates

28.-29. Mai

Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)

„Check-up“ der Wettbewerbsfähigkeit

Beratungen über Gesetzgebungsakte

- Binnenmarktpaket für Waren: Verordnung über die gegenseitige Anerkennung
- Verordnung über die Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen

Sonstiges

- Digitaler Binnenmarkt: jüngste Initiativen
- Urheberrechtspaket
- Maßnahmenpaket „Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher“
Paket zum Gesellschaftsrecht
- Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat (ESZ) für Arzneimittel
- Einheitliches Patent und Einheitliches Patentgericht - Informationen des Vorsitzes zum Sachstand

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle kommender Woche:

29. Mai **Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-569/16 Bauer und C-570/16 Willmeroth**

Abgeltung nicht genommenen Urlaubs nach Tod?

Im Urteil Bollacke von 2014 hat der Gerichtshof entschieden, dass die EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88 einzelstaatlichen Rechtsvorschriften oder Gepflogenheiten entgegensteht, wonach der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub ohne finanziellen Ausgleich für nicht genommenen Urlaub untergeht, wenn das Arbeitsverhältnis durch den Tod des Arbeitnehmers endet. Das deutsche Bundesarbeitsgericht sieht insoweit weiteren Klärungsbedarf. Der Gerichtshof habe nicht die Frage entschieden, ob der Anspruch auf finanziellen Ausgleich auch dann Teil der Erbmasse werde, wenn das nationale Erbrecht dies ausschließe. Das BAG möchte daher wissen, ob die Richtlinie (oder das in der EU-Grundrechtecharta verbürgte Recht auf bezahlten Jahresurlaub) dem Erben eines während des Arbeitsverhältnisses verstorbenen Arbeitnehmers einen Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich für den dem Arbeitnehmer vor seinem Tod zustehenden Mindestjahresurlaub einräumt, was nach dem deutschen Bundesurlaubsgesetz in Verbindung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch ausgeschlossen sei. Sollte der Gerichtshof diese Frage bejahen, möchte das BAG ferner wissen, ob dies auch dann gilt, wenn das Arbeitsverhältnis zwischen zwei Privatpersonen bestand. Das BAG hat zwei Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, in denen die Ehefrauen (und Erbinnen) zweier verstorbener Arbeitnehmer von deren früheren Arbeitgebern die Abgeltung des Urlaubs verlangen, der ihren Ehemännern vor ihrem Tod zustand. In dem einen Fall handelt es sich um einen öffentlichen, im anderen Fall um einen privaten Arbeitgeber.

[Weitere Informationen C-569/16](#)

[Weitere Informationen C-570/16](#)

Inhaltsverzeichnis

31. Mai **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 537/17 Wegener**

Fluggastrechte

Frau Wegener hatte bei Royal Air Maroc eine Beförderung von Berlin nach Casablanca und von dort weiter nach Agadir gebucht. In Casablanca wurde ihr das Boarding für den Weiterflug nach Agadir verwehrt, weil ihr Platz anderweitig vergeben worden sei. Frau Wegener erreichte Agadir daher mit einer Verspätung von über drei Stunden. Sie verlangt deswegen von Royal Air Maroc eine Verspätungsentschädigung nach der EU-Fluggastrechteverordnung. Royal Air Maroc ist der Meinung, dass die Verordnung auf den innermarokkanischen Flug Casablanca - Agadir keine Anwendung finde und lehnte es daher ab, eine Entschädigung zu zahlen. Frau Wegener erhob daraufhin Klage vor dem Landgericht Berlin. Nach Ansicht des Landgerichts hängt die Anwendbarkeit der Verordnung davon ab, ob es sich bei der gebuchten Beförderung von Berlin nach Casablanca und von dort nach Agadir um einen Flug handelt, der in der EU angetreten

wurde. Es möchte daher vom Gerichtshof wissen, ob ein in der EU angetretener Flug im Sinne der Verordnung vorliegt, wenn der Beförderungsvorgang eine planmäßige Zwischenlandung außerhalb der EU enthält, bei der das Fluggerät gewechselt wird. Ohne Schlussanträge.

[Weitere Informationen C-537/17](#)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Allgemein

[Öffentliche Konsultation zu Drohnen \(unbemannte Luftfahrzeuge\) - technische Normen für Drohnen als Produkt sowie Bedingungen für den Drohnenbetrieb](#)
13.04.2018 - 09.07.2018

Beschäftigung und Soziales

[Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)
02.05.2018 - 31.07.2018

Besteuerung und Zollunion

[Öffentliche Sondierungskonsultation über die Einrichtung von Beschlüssen in Bezug auf verbindliche Informationen im Bereich der Zollwertermittlung in der EU](#)
01.03.2018 - 01.06.2018

Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Industrie

[Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen und Schweißgeräten](#)
16.04.2018 - 10.07.2018

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

[Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte](#)
30.04.2018 - 25.06.2018

Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion

[Eignungsprüfung des EU-Vorschriftenrahmens im Bereich der Unternehmensberichterstattung](#)
21.03.2018 - 21.07.2018

Mobilität und Verkehr

[Öffentliche Konsultation zu Gebühren für die Nutzung von Flughafeninfrastrukturen](#)
03.04.2018 - 26.06.2018

Öffentliche Konsultation zu Regelungen für lärmabhängige Weegeentgelte
28.03.2018 - 20.06.2018

Öffentliche Konsultation über gemeinsame Vorschriften für den Betrieb von EU-Luftfahrtunternehmen im Luftverkehrsbinnenmarkt
15.03.2018 - 07.06.2018

Öffentliche Konsultation über gemeinsame Vorschriften für den Betrieb von EU-Luftfahrtunternehmen im Luftverkehrsbinnenmarkt
15.03.2018 - 07.06.2018

Steuern und Zollunion

Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse
23.05.2018 - 03.09.2018

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, Bodenqualität, Abfallvermeidung und Wiederverwertung

Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien der EU
08.05.2018 - 31.07.2018

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung
23.04.2018 - 23.07.2018

Inhaltsverzeichnis